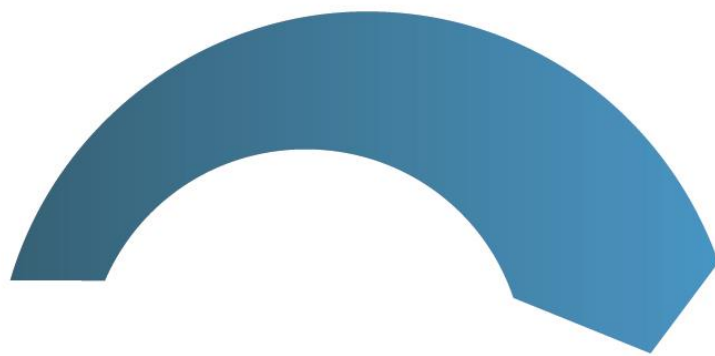




**PROASYL
FLÜCHTLINGSRAT
ESSEN**

Jahresbericht

2025

Inhaltsverzeichnis

Der Verein	3
Die Beratungsarbeit	4
Regionalberatung	4
UMF-Beratung	6
Was uns antreibt – gemeinsam das Ankommen erleichtern!	6
Qualifizierung und Fortbildung der Berater*innen	7
ProAsyl intern	8
Frischer Wind und neue Strukturen in Team und Vorstand	9
Weiterhin finanzielle Sorgen wegen schlechter Förderbedingungen	10
Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit	11
Schwerpunktthema 2025: Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik	11
Social Media & Onlinepräsenz	12
Veranstaltungen	12
Netzwerke	17
Unsere Arbeit im Integrationsrat	17
Mitarbeit in Arbeitskreisen	18
Vorbereitung und Beteiligung an der BAMF-Tagung	18
Beteiligung an der Behördentagung	19
Mitdenken, Mitreden, Mitmachen! Angebote rund um ProAsyl Essen	19
Schulworkshops	20
Informationsnetzwerk für vulnerable Geflüchtete	21
Seebrücke	21
Spendenaufruf	23
Kooperationspartner*innen, Gremienarbeit, Förderer*innen	24
Impressum	25

Der Verein

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. (im weiteren Verlauf ProAsyl Essen) ist eine seit 1991 bestehende kommunale Flüchtlingsinitiative mit einem als gemeinnützig anerkannten Förderverein. Schwerpunkte unserer Arbeit sind die Beratung und Begleitung von Geflüchteten. Darüber hinaus setzen wir uns unabhängig vom Einzelfall für die Verbesserung der Aufnahme- und Lebensbedingungen von Geflüchteten und die Förderung eines friedlichen Zusammenlebens der Kulturen ein. Das Leben von Geflüchteten ist in großen Teilen geprägt von Marginalisierung und mangelnden Integrationsmöglichkeiten. Unsicherheit bezüglich der komplexen Rechtslage rund um Aufenthalt und Asyl verstärken die Problematik. Daher versuchen wir, die Themen von Geflüchteten aufzugreifen und durch problemorientierte und individuelle Angebote Abhilfe zu schaffen. Doch das allein reicht nicht aus. Auch die Gesellschaft muss die Bereitschaft entwickeln, sich gegenüber Minderheiten zu öffnen. Deshalb gehen wir mit unseren Anliegen in die Öffentlichkeit.

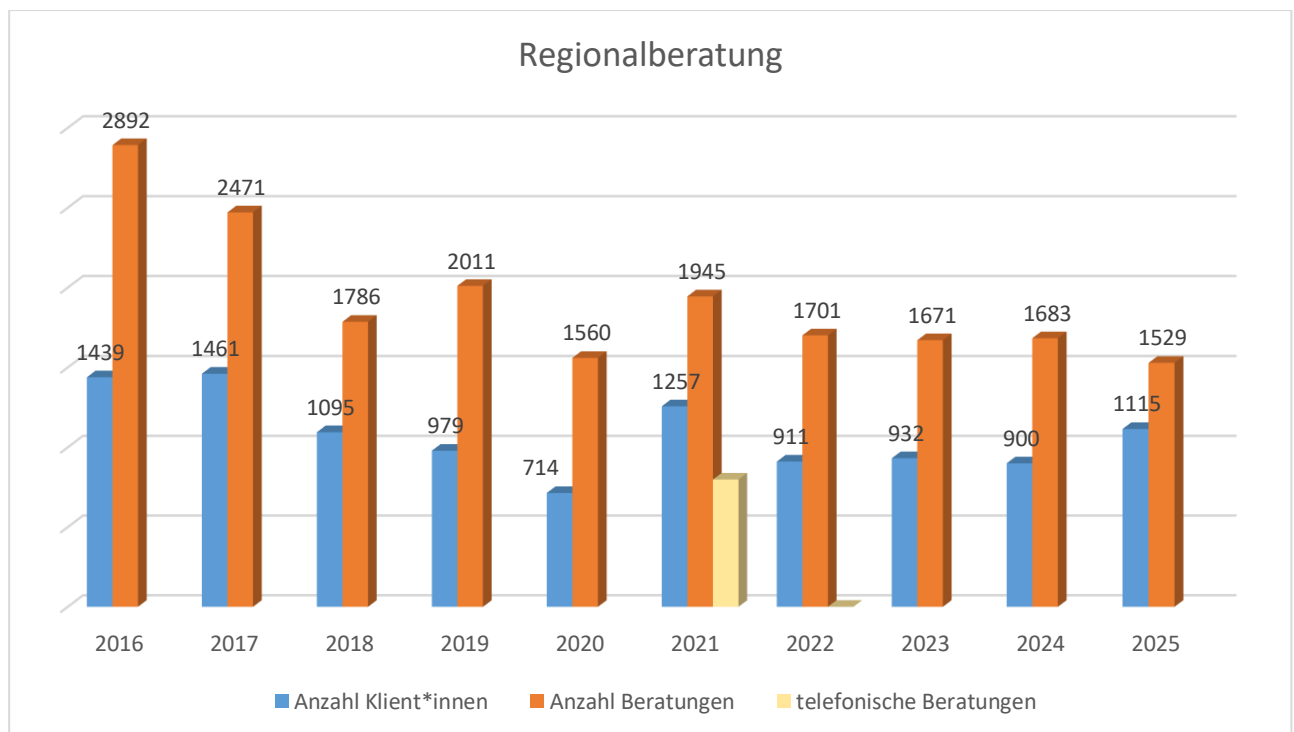
Die Arbeit von ProAsyl Essen wird seit vielen Jahren besonders durch das enge Zusammenspiel von ehrenamtlichen und angestellten Mitarbeiter*innen gestaltet. Im Jahr 2025 gab es große personelle und organisatorische Veränderungen, sowohl im Vorstand als auch im Team der Angestellten. Nachdem Inka Jatta als langjährige Geschäftsführerin den Verein verlassen hatte, blieb ein Team aus drei Angestellten, die gemeinsam neben der Beratungsarbeit die Geschäftsführung übernommen haben. Arno Staude, Achim Kohns und Nima Naghshbandi beendeten ihre Arbeit im Vorstand und machten Platz für neue Impulsgeber*innen. Mit Shaiwan Najib (2. Vorsitzender), Julia Neuhaus (Beisitzerin) und Christian Gabl (Schatzmeister) wurde der neue Vorstand jünger und diverser. Rechtsanwalt Markus Wild setzte seine Arbeit als Vorstandsvorsitzender fort.

Über das „Kerngeschäft“ der Beratung hinaus kooperieren wir weiterhin eng mit verschiedenen anderen Einrichtungen in Essen und Umgebung. Neben den Kontakten, die sich aus der Beratungstätigkeit ergeben, ist ProAsyl Essen in verschiedenen Gremien vertreten, um sich für die Rechte von Geflüchteten einzusetzen. Der Verein ist in der Stadtgesellschaft und darüber hinaus für seine qualitative Beratung und politisches Engagement bekannt. Um dies auch weiterhin leisten zu können, sind wir auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Im Folgenden geben wir eine Übersicht über die Aktivitäten und inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit des Vereins im Jahr 2025.

Die Beratungsarbeit

Regionalberatung

In der Regionalberatung beraten wir in der Regel zweimal pro Woche Menschen aus Nordrhein-Westfalen mit einem nicht auf Dauer angelegten Aufenthaltstitel in unserer offenen Sprechstunde. Zusätzlich bieten wir am Mittwochvormittag und nach Bedarf Termine an. Im Jahr 2025 haben wir in der Regionalberatung insgesamt 1529 Beratungen mit 1115 Personen (640 männlich, 440 weiblich, 35 divers / nicht erfasst) durchgeführt. Jede Person nahm also durchschnittlich 1,37 Beratungen in Anspruch. 771 Personen hatten eine befristete Aufenthaltserlaubnis, 143 befanden sich noch im Asylverfahren mit Aufenthaltsgestattung und 181 Personen befanden sich in Duldung, bei 20 Personen konnte der Aufenthaltsstatus nicht erfasst werden. Die meisten Klient*innen kamen aus Afghanistan, gefolgt von Syrien, Irak, Guinea, Nigeria und Iran. Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung unserer Klient*innen- und Beratungszahlen seit 2016.



Themen der Beratungsgespräche waren Fragen zum Aufenthaltsrecht (z.B. Asylverfahren, Familienzusammenführung, Aufenthaltsverfestigung, drohende Abschiebung), zur psychosozialen Situation (Unterbringung, Gesundheit, Partnerschaft und Familie), zu Bildung und Ausbildung sowie zur sozialen Situation.

Auch im Jahr 2025 haben wir wieder zahlreiche Geflüchtete aus Essen im Asylverfahren begleitet. Viele Asylanträge können schriftlich gestellt werden, wenn z.B. Kinder von Asylberechtigten hier geboren werden oder aus einer gültigen Aufenthaltserlaubnis heraus die Asylgründe geprüft werden sollen. Wir helfen dann bei den Formalitäten, bereiten auf die Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor und informieren zu den möglichen Rechtsfolgen. Ein Schwerpunkt in diesem Bereich lag auf der Beratung afghanischer Frauen, die durch ein Urteil vom Europäischen Gerichtshof zur geschlechtsspezifischen Verfolgung in Afghanistan endlich als verfolgte Gruppe anerkannt wurden. Hier verhalfen wir vielen Frauen und ihren Familien mit meist einmaliger Beratung zu Asylfolgeanträgen zur Flüchtlingsanerkennung beim BAMF.

Zudem beobachteten wir konstant hohe Beratungsanfragen zur Familienzusammenführung, vor allem von afghanischen und syrischen Klient*innen. Die langen Bearbeitungszeiten und die Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Geschützten stellen angesichts der prekären Lage in beiden Ländern eine große Belastung für die Betroffenen dar. Außerdem haben wir im Jahr 2025 häufig Menschen zum Thema Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung beraten. Viele der Menschen aus Syrien und Afghanistan, die um das Jahr 2015 nach Deutschland kamen, sind mittlerweile sehr gut integriert und haben sich ein neues Leben aufgebaut. In der Folge beschäftigen sie sich mit der langfristigen Sicherung des Aufenthaltes. Vor allem aber erfüllen nun immer mehr Menschen die Erteilungsvoraussetzungen wie ein gewisses Sprachniveau und Erwerbstätigkeit. Besonders die langen Wartezeiten in diesem Bereich sowie die gegen Jahresende neu eingeführte Möglichkeit der Online-Antragsstellung führten zu einer erhöhten Nachfrage in der Beratung. Da wir hier eher allgemein beraten und auf die Online-Antragsstellung verweisen, gab es, ähnlich wie bei den Beratungen zu Asylfolgeanträgen für afghanische Frauen (s.o.) viele einmalige Beratungen, was ein Grund für die, im Vergleich zum Vorjahr, deutlich gestiegene Anzahl an Klient*innen bei leicht gesunkenen Zahlen einzelner Beratungen erklärt.

Auch zahlreiche abgelehnte Asylbewerber*innen in Duldung kamen in unsere Beratung. Sie werden zu aufenthaltsrechtlichen Alternativen wie Bleiberechtsregelungen, humanitären oder familiären Aufenthalten, Härtefallverfahren oder der Ausbildungsduldung beraten. Auch das sogenannte Chancenaufenthaltsrecht nach § 104c AufenthG hat uns weiter beschäftigt. Hierher rührt die deutlich gestiegene Zahl an Personen, die mit befristetem Aufenthaltsrecht unsere Beratung aufsuchen. Nach längeren Beratungs- und Bearbeitungszeiten im Jahr 2024,

war im Jahr 2025 deutlich zu spüren, dass vielen Menschen von der neuen Regelung profitiert und damit den Weg in ein befristetes Aufenthaltsrecht geschafft haben.

UMF-Beratung

Neben der regionalen Flüchtlingsberatung ist in den letzten Jahren die Beratung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten und ihren Vormünder*innen stark angestiegen. Obwohl der Zuschlag der Landesregierung an andere Träger in Essen ging, haben wir unsere jahrelang bestehende Kooperation mit dem Jugendamt der Stadt ausbauen können. Der Beratungsbedarf von Kindern und Jugendlichen, die ohne Eltern in unserer Stadt nach Asyl suchen, ist konstant hoch. Gemeinsam mit ihren Vormündern und den Betreuer*innen aus den Jugendhilfeeinrichtungen oder Verwandten bereiten wir die jungen Menschen auf ihr Interview und das Asylverfahren vor. Die wichtigste Fragestellung ist für die Jugendlichen aber immer die nach den Möglichkeiten des Familiennachzugs. Auch dabei unterstützen wir tatkräftig, wenn es möglich ist. Viele UMF kommen allerdings erst mit 16 oder 17 Jahren nach Deutschland, sodass bei langer Verfahrensdauer der Nachzug mit Eintritt der Volljährigkeit ausgeschlossen ist. 2025 sind die Asylchancen für Jugendliche aus Syrien und Afghanistan, stark gesunken. Daher fokussieren wir in unseren Beratungsgesprächen immer auf die Themen Integration, Arbeit und Ausbildung, um eine Perspektive abseits des Asylverfahrens aufzuzeigen. Durch die hohe Beratungsnachfrage zielte unser bereits 2023 begonnenes Projekt „Informationsnetzwerk für vulnerable Geflüchtete“ 2025 hauptsächlich auf die Unterstützung von UMF ab (siehe unten).

Was uns antreibt – gemeinsam das Ankommen erleichtern!

Die Arbeit im Asyl- und Aufenthaltsrecht kann sehr frustrierend sein. Ohne kleinere und größere Erfolgsgeschichten könnten wir unsere tägliche Arbeit wohl irgendwann nicht mehr leisten. Wir veröffentlichen deshalb hier Einblicke in unsere Arbeit, die Mut machen.

Mit der Beschäftigungsduldung endlich eine Bleibeperspektive

Ameer Ali Hassan Al-Mayyahi kam 2024 mit einer Duldung in unsere Beratung. Der Asylantrag war abgelehnt, Botschaftsvorfürungen zur Identitätsklärung fanden statt. Damit drohte akut eine Abschiebung in den Irak. Gleichzeitig arbeitete Herr Al-Mayyahi engagiert bei der AWO und hatte eine berufliche Perspektive im Pflegebereich.



Ameer Ali Hassan Al-Mayyahi und Mitarbeiter Torben Gewähr in unserer Geschäftsstelle

Wir begleiteten Ameer Ali Hassan Al-Mayyahi über viele Monate hinweg: Unterstützung im Härtefallverfahren, Sicherung der Beschäftigungserlaubnis, Beratung zur Identitätsklärung und Vorbereitung auf die Beschäftigungsduldung nach § 60d AufenthG. Im Frühsommer 2025 erfüllte Ameer Ali Hassan Al-Mayyahi die notwendige zwölfmonatige Vorbeschäftigungszeit. Wir stellten umgehend den Antrag mit vollständigen Nachweisen. Im Herbst 2025 wurde die Beschäftigungsduldung erteilt. Damit ist Ameer Ali Hassan Al-Mayyahi vor Abschiebung geschützt und kann weiterarbeiten. Perspektivisch besteht die Möglichkeit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25b AufenthG.

Der Fall von Ameer Ali Hassan Al-Mayyahi zeigt: Unsere qualifizierte rechtliche Beratung wirkt. Sie schafft konkrete Bleibeperspektiven und setzt Solidarität praktisch um. Die ausführliche Version und weitere Geschichten aus unserem Beratungsalltag können Sie auf unserer Website lesen: <https://www.proasylessen.de/proasyl/was-uns-antreibt/>

Qualifizierung und Fortbildung der Berater*innen

Die Probleme der Geflüchteten werden zunehmend komplexer, die Rechtslage hat sich in den vergangenen Jahren sehr oft geändert. Allein die mediale Berichterstattung über geplante oder tatsächlich verabschiedete Änderungen im Asyl- und Aufenthaltsrecht sorgen unter unseren Klient*innen für Verunsicherung. So ergeben sich viele Beratungsanfragen (beispielsweise am Telefon), die mitunter in einem kurzen Gespräch zur veränderten Rechtslage zu bearbeiten sind. Solche Gespräche nutzen wir auch, um rasch kursierenden Mythen und

Falschinformationen entgegenzuwirken. Andererseits sorgt die unstete Rechtslage in vielen Fällen auch für längere Beratungsgespräche, weil wir mit immer komplexeren aufenthaltsrechtlichen Problemen und entsprechenden Lösungen konfrontiert sind. Dem hohen Beratungsbedarf kann nur Rechnung getragen werden, indem nicht nur die hauptamtlichen, sondern auch die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von ProAsyl Essen regelmäßige Qualifizierung und Fortbildung erhalten, um die Beratungspraxis der aktuellen Rechtslage anzupassen.

Zudem profitieren wir stark vom engen Austausch mit unserem Vorstandsvorsitzenden Markus Wild, der Fachanwalt für Migrationsrecht ist und regelmäßig unsere Teamsitzung besucht, um aktuelle Fachfragen zu diskutieren. 2025 konnten wir mit Paula Kuhn eine jahrelang ehrenamtlich Aktive als neue Mitarbeiterin einstellen, die zuvor durch interne und externe Qualifizierung bestens auf die komplexen Anforderungen unseres hohen Beratungsniveaus vorbereitet wurde.

Supervision

Zur Begleitung der Beratungstätigkeit der Mitarbeiter*innen wird regelmäßig Supervision angeboten. Im Jahr 2025 wurden sechs Sitzungen durchgeführt. Neben Fallbesprechungen und dem Umgang mit den oft belastenden Beratungssituationen wurden Arbeitsabläufe und Teamproblematiken besprochen. Die Supervision half dem neu zusammengesetzten Team die zukünftige Zusammenarbeit auf eine gute kommunikative Basis zu stellen, um kommende Herausforderungen und den Arbeitsalltag gemeinsam stemmen zu können. Auch die zusätzliche Belastung des Teams durch geteilte Verwaltungsaufgaben und die weiterhin prekären Beschäftigungsverhältnisse waren Thema in der Supervision.

ProAsyl intern

Frischer Wind und neue Strukturen in Team und Vorstand

Seit seiner Gründung hat sich ProAsyl immer wieder neu aufgestellt. So konnte sich der Verein über nunmehr 35 Jahre dem gesellschaftlichen Wandel stellen. Neue ehren- und hauptamtlich Aktive konnten Impulse setzen und neue Richtungen einschlagen, während sie auf den Schultern langjähriger Mitglieder und Mitstreitenden standen, die den Verein bislang geprägt haben.

2025 fanden gleich mehrere Wechsel statt. Mit der Geschäftsführerin Inka Jatta und dem Schatzmeister Arno Staude verließen zwei Führungsfiguren den Verein, die maßgeblich zum Erhalt und zur Professionalisierung unserer Beratungsstelle beigetragen haben. Auch Achim Kohns und Nima Naghshbandi, die wichtige Arbeit im Vorstand geleistet haben, beendeten ihre Arbeit und machen Platz für neue Impulsgeber*innen.

Der neue Vorstand setzt sich jünger und diverser zusammen. Shaiwan Najib (2. Vorsitzender) kennt ProAsyl bereits aus verschiedenen Perspektiven. In Afghanistan arbeitete er als Jurist für eine Frauenrechtsorganisation und leitete das Familienunternehmen, bevor er fliehen musste und über die asylrechtliche Beratung zu uns kam. Seitdem engagierte er sich ehrenamtlich in den Beratungssprechstunden und fungiert nun zusätzlich als 2. Vorsitzender im Vorstand. Julia Neuhaus (Beisitzerin) ist Expertin für organisatorische und persönliche Transformationsprozesse und begleitet den Verein bei den anhaltenden internen Veränderungen mit viel Know-how. In enger Zusammenarbeit mit Arno Staude hat Christian Gabl (Schatzmeister) sich bereits ausführlich in das Finanzwesen des Vereins eingearbeitet und bringt seine jahrelange betriebswirtschaftliche Erfahrung in die Vorstandsarbeit ein. Markus Wild, der den Vorstandsvorsitz bereits seit 2023 innehat, steht als Fachanwalt für Migrationsrecht den ehren- und hauptamtlichen Aktiven des Vereins weiterhin nicht nur als Vorstandsvorsitzender vor, sondern auch fachlich zur Seite. Von dieser Multidisziplinarität des neuen Vorstandes konnte der Verein 2025 stark profitieren. Die enge und engagierte Zusammenarbeit von Vorstand und Vereinsaktiven lassen uns positiv in die nächste, finanziell leider weiterhin sehr herausfordernde Zeit blicken.

Auch im Team der hauptamtlich tätigen Mitarbeiter*innen gab es Veränderungen. Seit August 2025 unterstützt Paula Kuhn das Team. Als ehrenamtlich Aktive hat sie ProAsyl bereits über

einige Jahre hinweg kennengelernt. Mit dem Weggang der langjährigen Geschäftsführerin Inka Jatta, sind die geschäftsführenden Aufgaben seit 2025 auf die drei hauptamtlichen Mitarbeitenden übergegangen.

Weiterhin finanzielle Sorgen wegen schlechter Förderbedingungen

Nachdem die Förderung des Landesprogramms der regionalen Beratung in den letzten Jahren bereits immer prekärer wurde, setzte sich diese Unsicherheit 2025 leider fort. Neben der nicht auskömmlichen Förderung und der von zwei auf ein Jahr verkürzten Förderperiode, wurde die angespannte Fördersituation 2025 noch durch eine enorm späte Möglichkeit zur Antragsstellung verschärft. Erst Ende März war es uns möglich, die seit 1996 durch das Land NRW geförderten zwei Vollzeitstellen für das bereits laufende Jahr zu beantragen. Die Bewilligung erfolgte erst im Mai. Bis zu diesem Zeitpunkt mussten die Personalkosten aus Rücklagen des Vereins vorfinanziert werden.

Die schlechten Förderbedingungen führen dazu, dass sich andere Träger aus der regionalen Beratung zunehmend zurückziehen müssen. Im März wurde klar, dass die Caritas, mit der wir seit Jahren in engem Austausch stehen, die durch das Land geförderte halbe Stelle nicht weiter besetzen kann. Gemeinsam mit den in Essen in der regionalen Beratung aktiven Trägern haben wir beschlossen, uns auf diese halbe Stelle zu bewerben. Die zusätzliche Förderung der halben Stelle entlastete unsere finanzielle Notlage zwar geringfügig, machte allerdings auch deutlich, wie abhängig der Verein von der Förderung durch das Land NRW ist.

Für 2026 konnten wir bei der UNO-Flüchtlingshilfe und der evangelischen Kirche im Rheinland Fördergelder einwerben. Das Projekt „Wissen teilen & Engagement fördern“ wird 2026 in Kooperation mit dem evangelischen Kirchenkreis durchgeführt und wird besonders vulnerable Geflüchtete gezielt unterstützen und beraten sowie ehrenamtlich Aktive qualifizieren. Zum Jahresende 2025 wurde eine neue Stelle ausgeschrieben, die Anfang 2026 erfreulicherweise rasch besetzt werden konnte. So wächst unser Team aus hauptamtlichen Mitarbeitenden 2026 wieder auf vier Personen. Da das Projekt bislang jedoch nur für ein Jahr bewilligt wurde, bleibt das Problem der langfristigen auskömmlichen Finanzierung des Vereins leider bestehen. Mit dem neuen Vorstand arbeiten wir daher daran den Verein auf eine breitere finanzielle Basis zu stellen und zugleich auf das zuständige Landesministerium einzuwirken. Nur so kann die hohe Beratungsqualität gesichert werden, für die ProAsyl in Essen und über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist.

Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

Schwerpunktthema 2025: Abschottungs- und Ausgrenzungspolitik

Das zentrale Thema unserer Öffentlichkeitsarbeit 2025 war die geplante Einführung der Bezahlkarte in Essen. Mit einer [Pressemitteilung](#), der Veranstaltung [„Entrechtet und ausgegrenzt - Geflüchtete als Sündenböcke in Krisenzeiten“](#) (im Rahmen des Politischen Salons), sowie einem [offenen Brief an die SPD-Ratsfraktion](#) haben wir gegen die soziale Entrechtung von Geflüchteten protestiert und darauf hingewiesen, dass die Bezahlkarte die Selbstbestimmung von Geflüchteten einschränkt und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert. Auch die erheblichen Kosten und der Mehraufwand für die Kommune waren und sind Teil unserer Kritik.

Darüber hinaus haben wir mit der Aktion [„Beim Namen nennen“](#) zum Weltflüchtlingstag den Opfern der europäischen Abschottungspolitik gedacht. Gemeinsam mit der Seebrücke und Attac haben wir den Film „Kein Land für Niemand – Abschottung eines Einwanderungslandes“ gezeigt und damit auf die Folgen jener Abschottungspolitik in Deutschland aufmerksam gemacht. Die Verschärfungen im Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) begleitet uns seit 2024. Im Jahr 2025 tauschten wir uns bei Vernetzungsveranstaltungen mit anderen NGOs und Beratungsstellen in NRW zur nationalen Umsetzung der Reform in Deutschland aus, da diese erhebliche Auswirkungen auf die deutsche Asylpolitik und damit auf unsere Beratungs- und Öffentlichkeitsarbeit haben wird.

Die komplexen Verfahren im Asyl- und Aufenthaltsrecht erfordern eine unabhängige, kostenlose Rechtsberatung, damit sie auch in der Praxis rechtsstaatlichen Prinzipien genügen. Um diese Arbeit leisten zu können, sind wir auf Fördermittel angewiesen. Seit 1996 wird ProAsyl Essen vom Land NRW gefördert. 2025 hat das Land mit der Veröffentlichung der neuen Förderrichtlinie so lange auf sich warten lassen, dass vor allem die verbandsunabhängigen Initiativen und Flüchtlingsräte in ihrer Existenz bedroht waren. Gemeinsam mit anderen Beratungsstellen und Organisationen zogen wir am 11. Februar 2025 vor das Integrationsministerium (MKJFGFI) und [protestierten für eine auskömmliche Finanzierung unserer Arbeit](#). [Die NRZ berichtete](#) über unseren Protest.

Social Media & Onlinepräsenz

Im digitalen Raum waren wir 2025 mit drei Formaten präsent: unserer Website, unserer Facebook-Seite und dem Infobrief/Newsletter. Die Website (www.proasylessen.de) nutzen wir als allgemeine Informationsseite über den Verein und seine Arbeit. Hier machen wir auf Veranstaltungen aufmerksam, veröffentlichen Pressemitteilungen, berichten über aktuelle Aktivitäten des Vereins und stellen Materialien zur Verfügung. Die Seite ist seit 2024 barrierefrei.

Unsere Facebook-Seite (facebook.com/ProAsylEssen) nutzen wir seit 2024 in erster Linie als Kontaktmöglichkeit für Klient*innen und Unterstützer*innen. Unserer Followeranzahl ist 2025 leicht zurückgegangen und liegt aktuell bei 1927 Personen. Facebook verliert vor allem für jüngere Nutzer*innen zunehmend an Bedeutung. Mit der Aktualisierung unseres Corporate Designs und der Website haben wir 2024 den Grundstein für eine neue digitale Ausrichtung des Vereins gesetzt. Im Zuge der Umstrukturierungen im Verein haben wir Ende 2025 beschlossen neben Facebook auch auf Instagram aktiv zu werden.

Über 550 Haupt- und Ehrenamtliche aus der Flüchtlingsarbeit, sowie andere Interessierte erhalten regelmäßig unseren Infobrief per Mail. Da auch dieses Format mittlerweile recht veraltet ist, nutzen wir den Newsletter nur noch für kurze Nachrichten über bevorstehende Veranstaltungen, die Veröffentlichung von Pressemitteilungen und offenen Briefen, rechtliche Neuerungen sowie flüchtlingspolitische Entwicklungen in Essen.

Veranstaltungen

Die Themen unserer Arbeit in die Stadtbevölkerung hinauszutragen und auf sie aufmerksam zu machen, ist Ziel unserer Veranstaltungen. Auch 2025 haben wir dafür in Eigenregie oder in Verbindung mit unseren Kooperationspartner*innen Veranstaltungen organisiert und durchgeführt. Dabei wollen wir nicht nur ein Fachpublikum, sondern auch weitere interessierte Personen und eine möglichst breite Öffentlichkeit erreichen.

Das Chancenaufenthaltsrecht nach § 104c AufenthG – Ein Ausweg aus der Duldung?



DAS CHANCENAUFENTHALTSRECHT
nach § 104c AufenthG – Ein Ausweg aus der Duldung?

30. Januar 2025 | 18:00 Uhr
VHS Essen, Hörsaal (E.11), Burgplatz 1, 45127 Essen

Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die daher als ausreisepflichtig gelten, erhalten in der Regel zunächst eine Duldung. Seit dem 1. Januar 2023 können Geduldete, die am 31. Oktober 2022 mindestens fünf Jahre in Deutschland gelebt haben, für 18 Monate das sogenannte Chancenaufenthaltsrecht beantragen.

Anschließend sollen die Integrationsaufenthaltstitel nach § 25 a und § 25 b AufenthG ein langfristiges Aufenthaltsrecht ermöglichen. Die Aufenthaltserlaubnis nach § 104 c AufenthG kann noch bis zum 31. Dezember 2025 beantragt werden.

Hat sich diese Regelung bewährt? Wie wird sie seitens der Essener Ausländerbehörde angewendet? Welche Probleme gibt es in der Praxis? Im Anschluss an ein Impulsreferat von Markus Wild (Rechtsanwalt/Vorstand ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.) berichten Beraterinnen und Berater aus den Verbänden über ihre Erfahrungen und es besteht die Möglichkeit, über die Essener Situation zu diskutieren.

ABLAUF

17:30 Uhr	Ankommen
18:00 Uhr	Begrüßung
18:10 Uhr	Impulsvortrag Markus Wild
19:00 Uhr	Diskussion
19:30 Uhr	Ausklang

Moderation: ProAsyl

EINTRITT FREI!

Logos: PROASYL FLÜCHTLINGSRAT ESSEN, STADT ESSEN, Essener Ausländerbehörde, Essener Integrationsrat, cse, AWO ESSEN, PLANB

Flyer zur Veranstaltung „Das Chancenaufenthaltsrecht“

Seit dem 1. Januar 2023 können als ausreisepflichtig geltende Personen mit einer Duldung für 18 Monate das so genannte Chancenaufenthaltsrecht nach § 104c AufenthG bekommen. Das soll ihnen ermöglichen die Voraussetzungen für ein langfristiges Aufenthaltsrecht zu erreichen. Die Aufenthaltserlaubnis nach § 104c AufenthG konnte bis zum 31. Dezember 2025 beantragt werden.

Wir haben daher zu Beginn des Jahres die Chance genutzt, um ein Zwischenfazit aus Beratungsperspektive zu ziehen und mit Betroffenen und Interessierten über das Chancenaufenthaltsrecht zu sprechen und zu diskutieren. Die Infoveranstaltung am 30.

Januar 2025 wurde gemeinsam mit weiteren

Beratungsstellen in Essen, wie Caritas, Diakonie, AWO und PlanB organisiert und durchgeführt. Nachdem unser Vorstandsvorsitzender Markus Wild mit einem kurzen Impulsvortrag den Abend eröffnete, ging es vor allem darum von Berater*innen aus der Praxis zu hören und gemeinsam über die Umsetzung in Essen zu sprechen. Dabei kreisten die Themen um die verhältnismäßig schnellen Bearbeitungszeiten der Ausländerbehörden aber auch um Probleme der Betroffenen beim Erreichen der notwendigen Voraussetzungen für eine langfristige Aufenthaltserlaubnis im Anschluss an das Chancenaufenthaltsrecht. Besonders fehlende Informationen vor und nach der Antragsstellung, fehlende Sprach- und Betreuungsangebote und die Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung wurden dabei mit den rund 40 Anwesenden diskutiert.

Politischer Salon: Entrechtet und ausgegrenzt - Geflüchtete als Sündenböcke in Krisenzeiten

Steigende Miet- und Lebensmittelpreise, globale Krisen und die daraus resultierende gesellschaftliche Unsicherheit sind ein idealer Nährboden für den Rechtsruck. Die in den letzten Jahren zunehmend schärfer und radikaler werdende öffentliche Diskussion um Migration schlägt sich auch in rechtlichen Verschärfungen nieder. Das Beispiel der Bezahlkarte



S Politischer Salon Essen

Entrechtet und ausgegrenzt - Geflüchtete als Sündenböcke in Krisenzeiten

Montag, 02.06.2025 | 19.30 Uhr
Café Central im Grillo-Theater Essen
Theater-Platz 1, 45127 Essen

REFERENT*INNEN:
Dr. Katrin Menke | Soziologin, Ruhr Universität Bochum/
Universität Duisburg Essen
Claudius Voigt | Gemeinnützige Gesellschaft zur
Unterstützung Asylsuchender e.V.

MODERATION:
Torben Gewehr | ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.

EINE VERANSTALTUNG VON:
ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.
Seebrücke Essen
Exile e.V.

Der Eintritt ist frei!
Um Anmeldung wird gebeten unter:
politischer-salon-essen@exile-ev.de
Zählkarten erhalten Sie beim Einlass. Der Zugang ist barrierefrei.

Flyer zum Politischen Salon „Entrechtet und ausgegrenzt – Geflüchtete als Sündenböcke in Krisenzeiten“

für Geflüchtete zeigt: In Krisenzeiten gewinnt populistische Ausgrenzungspolitik an Zuspruch.

Mit Expert*innen aus der Wissenschaft und dem Asylrecht haben wir den Diskurs um die Entrechtung von Geflüchteten im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Politischer Salon“ in den Blick genommen. Der „Politische Salon“ ist eine Gesprächsreihe im Café Central des Grillo-Theaters, die seit 2008 von verschiedenem zivilgesellschaftlichem Akteur*innen in Essen gestaltet wird. Am Beispiel der Bezahlkarte haben wir am 2. Juni 2025 mit der Soziologin Dr. Katrin Menke (Ruhr-Universität Bochum/Universität Duisburg-Essen) und Claudius Voigt von der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. diskutiert, wie sich die derzeitige soziale und politische Krise auf die deutsche Flüchtlingspolitik auswirkt.

Mit rund 70 Interessierten Teilnehmer*innen konnten wir gemeinsam einen Blick auf die Entstehung und die Umsetzung der Bezahlkarte werfen. Grade weil Essen die Bezahlkarte (bis heute) noch nicht

eingeführt hat, warf die Umsetzung große Fragen auf. Ein Blick in Nachbarstädte zeigte mögliche Umsetzungswege. Neben praktischen Fragen wurden allerdings auch weitere gesellschaftliche und moralische Fragen gestellt: Wie kann eine demokratische Zivilgesellschaft sich der zunehmenden Ausgrenzung Geflüchteter widersetzen und Solidarität und Menschenrechte in Krisenzeiten verteidigen? Die Diskussionseinladung wurde von dem Publikum dankend angenommen und trugen zur umfassenden Beleuchtung des Themas bei.

Weltflüchtlingstag 2025 - Beim Namen nennen



„Beim Namen nennen“ 2025: Gedenkaktion für die auf der Flucht nach Europa Verstorbenen

Die Flucht nach Europa ist gefährlich und endet für eine stetig steigende Anzahl an Menschen im Tod. Sie verlassen ihr Zuhause und begeben sich auf eine gefährliche Reise um vor Kriegen, Konflikten, Verfolgung oder anderen lebensbedrohlichen Umständen zu fliehen. Sie sterben im Mittelmeer, in Lastwagen auf dem Landweg, in Wäldern oder an den europäischen Außengrenzen. Menschen über alle Altersgruppen hinweg, die Söhne, Töchter, Eltern und Freund*innen von geliebten Menschen sind. Mit der Aktion „Beim Namen nennen“ am Weltflüchtlingstag wird ihnen gedacht und gegen das Abschottungsregime und diese Unmenschlichkeit protestiert. Auch dieses Jahr haben wir anlässlich des Weltflüchtlingstag an der internationalen Mahnmalinstallation am 23. Juni mitgewirkt. Gemeinsam wurden die Namen derjenigen, die ihr Leben auf der Flucht nach Europa verloren haben, geschrieben und verlesen. Dabei steht das Mahnmal unmissverständlich für die Forderung nach Flüchtlingsschutz und der Einhaltung von Menschenrechten.

Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis von Menschen aus Kirchen, Vereinen und Wohlfahrt beteiligte sich, wie in den letzten Jahren bereits, auch 2025 wieder an der Aktion. Neben der Filmvorführung von „Save Our Souls“ wurden Schulworkshops von den Lehramtsstudierende der Universität Duisburg Essen gemeinsam mit der Seebrücke Essen angeboten. Hier

beschäftigten sich die Schüler*innen spielerisch mit globalen Fluchtbewegungen sowie Vorurteilen und verzerrter Wahrnehmung. Zum ersten Mal wurden die Aktionstage auch durch das Kunstprojekt „100 Boote – 100 Millionen Menschen“ bereichert. Riesige Papierbote wurden in der Stadt aufgestellt und machten das Thema Flucht im Stadtbild sichtbar.

Filmvorführung: Kein Land für Niemand



Filmplakat: Kein Land für Niemand

Europa zieht die Mauern hoch – mitten in einer humanitären Katastrophe. Der Dokumentarfilm „Kein Land für Niemand – Abschottung eines Einwanderungslandes“ beleuchtet die drastischen Folgen der europäischen Abschottungspolitik und die Rolle Deutschlands in diesem Paradigmenwechsel. Der Dokumentarfilm begleitet eine Rettungsmission im Mittelmeer, zeigt die katastrophalen Zustände in den Unterkünften für Geflüchtete und lässt Menschen, die den lebensgefährlichen Weg nach Europa überlebt haben, zu Wort kommen. Dabei beleuchtet er auch die sich seit Jahren zuspitzende hitzige Diskussion rund um die deutsche Migrationspolitik.

Die Seebrücke Essen zeigte den Film am 6. September im Filmstudio Glückauf gemeinsam mit uns und Attac. Anschließend fand ein Gespräch zum Film mit der Soziologin Dr. Natalie Welfens von der Universität Duisburg-Essen statt. Dabei wurden besonders die Folgen der Abschottungspolitik diskutiert.

Netzwerke

Die Netzwerkarbeit hat bei ProAsyl Essen einen hohen Stellenwert. Einerseits helfen uns starke Netzwerke, eine größere Reichweite für unsere Anliegen, auch über die kommunale Ebene hinaus, zu erzielen. Andererseits sind sie im kommunalen Bereich unerlässlich, um Hilfsstrukturen für Geflüchtete zu erhalten und auszubauen. Eine große Rolle spielen zudem auf beiden Ebenen der Austausch und das Erwerben von fachlichem Wissen über behördliches Handeln und Entscheidungswege. Nicht zuletzt deshalb sind wir auch bei der Behörden- und BAMF-Tagung vertreten.

Unsere Arbeit im Integrationsrat

Bereits seit 1975 gibt es in Essen einen Ausländerbeirat zur Vertretung der politischen Interessen der nichtdeutschen Bevölkerung in der Kommunalpolitik. In den 90er-Jahren entstand langsam das Bewusstsein dafür, dass dies der angemessene Ort ist, an dem auch die Belange von Geflüchteten zur Sprache kommen und beraten werden sollten. So wurde eine Vertreterin von ProAsyl Essen als beratendes Mitglied berufen. Vereinzelt gab es noch immer Zweifel, dass die Belange von Geflüchteten zur Sprache kommen dürften, denn „es geht doch hier um Integration“. Trotzdem konnte unsere Vertreterin durch entsprechende Fragen an Verwaltung und Ausländerbehörde erreichen, dass die Themen der Geflüchteten wahrgenommen und ernsthaft beraten wurden. Es ist ein gutes Zeichen, dass inzwischen Integrationsmaßnahmen selbstverständlich auch Geflüchtete einbeziehen. ProAsyl Essen konnte dazu Stellung nehmen und auch durch Anfragen und Anträge Themen auf die Tagesordnung bringen.

Im Jahr 2025 beschäftigten wir uns schwerpunktmäßig mit dem Thema Bezahlkarte. Bereits im April 2024 hatten wir einen von zahlreichen anderen Organisationen unterschriebenen offenen Brief an die Stadtverwaltung gerichtet. Im Januar 2025 folgte ein weiterer offener Brief, um unsere Bedenken bezüglich der Einführung der Karte in Essen zu äußern. Als sich abzeichnete, dass die Verwaltung unsere Argumentation nicht in Gänze teilte, wurden wir im Integrationsrat aktiv.

In Zusammenarbeit mit Civan Akbulut (Die Linke.Internationale Liste) stellten wir Anfang März einen Antrag und forderten, dass sich der Integrationsrat gegen die Einführung der Bezahlkarte in Essen aussprechen soll. Nach mehrmaliger Vertagung stimmte der Integrationsrat am 28.

Mai schließlich für unseren Antrag. Leider konnten wir damit nur einen kleinen Teilerfolg erringen. Denn leider führte das vom Integrationsrat ausgehende Signal gegen die Bezahlkarte nicht dazu, dass auch der Stadtrat einen entsprechenden Entschluss fasste. Festzustellen bleibt allerdings, dass die Bezahlkarte in Essen bis heute nicht eingeführt wurde.

Mitarbeit in Arbeitskreisen

Auf kommunaler und regionaler Ebene sind wir in mehreren Arbeitskreisen vertreten. In Essen nehmen wir am Arbeitskreis Flucht und Migration (AKFM) sowie dem Arbeitskreis Regionale Flüchtlingsberatung teil. Ersterer entstand aus der gemeinsamen Organisation mehrerer Flüchtlingskonferenzen von flüchtlingspolitischen Akteur*innen und versteht sich als informelles Gremium, das gemeinsam die Flüchtlingspolitik der Stadt kritisch beobachtet. Dort war neben der Bezahlkarte auch die Integreat App ein vielbesprochenes Thema. Erfreulicherweise wurde gegen Jahresende bekannt, dass auch die Stadt Essen die Integreat App einführen wird. Dafür hatte der Arbeitskreis sich über lange Zeit stark gemacht.

Im AK Regionale Beratung treffen sich die Berater*innen der verschiedenen Essener Träger zum fachlichen Austausch. Der thematische Dauerbrenner war die Ausländerbehörde und ihre langen Warte- und Bearbeitungszeiten sowie die erschwerte Kontaktaufnahme zur Behörde. Darüber hinaus nehmen wir auf der regionalen Ebene regelmäßig am Arbeitskreis Westliches Ruhrgebiet sowie an Austauschtreffen der unabhängigen vom Land geförderten Flüchtlingsberatungsstellen teil. Die Treffen bieten die Möglichkeit des fachlichen Austausches mit Berater*innen aus anderen Städten.

Vorbereitung und Beteiligung an der BAMF-Tagung

Unter dem Motto „2005 - 2015 - 2025: Kontinuitäten und Dynamiken der Asyl- und Migrationspolitik“ fand die BAMF-Tagung am 24. September 2025 in der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ in Mülheim statt. Die Tagung dient als etabliertes jährliches Format dem Austausch und der Konfrontation zwischen BAMF, Beratungsstellen, Rechtsanwält*innen, Behördenmitarbeiter*innen und weiteren Interessierten. Im Jahr 2025 fand die Tagung nur an einem statt an zwei Tagen statt. Es ist unklar, ob sie 2026 weiterhin stattfinden wird. Wie in den Vorjahren konnten wir bei der Tagung 2025 wieder Themen setzen und an der Gestaltung

der Veranstaltung mitwirken. Wir organisierten einen Vortrag zum Thema obergerichtliche Rechtsprechung in Asylverfahren und eine Arbeitsgruppe zum Herkunftsland Türkei.

Beteiligung an der Behördentagung

Am 31. März und 1. April 2025 fand ebenfalls in der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ in Mülheim die Behördentagung statt. Sie stand unter der Überschrift „Das Primat Sicherheit, aber für wen? - Aktuelles zum Asyl- und Aufenthaltsrecht“. Es handelt sich um eine Dialogtagung, die sich an Mitarbeitende der Ausländerbehörden, Bezirksregierungen, Flüchtlingsberatungsstellen und Vertreter*innen von Wohlfahrt und Kirche sowie Rechtsanwält*innen in Nordrhein-Westfalen richtet und sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit aktuellen asyl- und aufenthaltsrechtlichen Themen auseinandersetzt. In diesem Jahr war ProAsyl Essen Teil der Arbeitsgruppe „Chancenaufenthaltsrecht § 104c AufenthG – Erwartungen erfüllt?“. Für die nächste Tagung in 2026 sind wir Teil des Vorbereitungsteams, bestehend aus Mitarbeitenden von Behörden, Beratungsstellen und Verbänden.

Mitdenken, Mitreden, Mitmachen! Angebote rund um ProAsyl Essen

Unsere Fortbildungen

ProAsyl Essen ist im Stadtgebiet bekannt für qualitativ hochwertige Beratung zum Thema Asyl- und Aufenthaltsrecht. Aufgrund dieser Expertise erhalten wir regelmäßig Anfragen, unser Wissen in Form von Fortbildungen zu verschiedenen Themenbereichen weiterzugeben. Inhaltlich bieten wir Grundlagen- und vertiefende Schulungen zum Themenkomplex Asyl- und Aufenthaltsrecht an. Darüber hinaus leisten wir mit den Vorträgen auch politische Bildungsarbeit, indem wir zum Beispiel an Schulen zu Flucht und Fluchtursachen informieren. Die Schwerpunkte unserer Fortbildungen orientierten sich an den Bedürfnissen der Beratungsstellen. 2025 schulten wir unter anderem das Diakoniewerk Essen sowie verschiedene Jugendhilfeeinrichtungen mit Grundlagen- und Vertiefungsschulungen. Nähere Informationen zu Schulungen und Fortbildungen finden Sie auf unserer Website: (<https://www.proasylessen.de/proasyl/schulungsangebote/>).

Schulworkshops

Seit jeher sind wir regelmäßig in Schulen zu Gast, um mit den Schüler*innen über das Thema Flucht und Asyl ins Gespräch zu kommen. Ende 2024 haben wir an der Gesamtschule Bockmühle ein neues Projekt ins Leben gerufen. Mit dem Lernspiel „Refugee Chair – Die Welt in Stühlen“ reflektieren wir gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern (Vor-) Urteile und schaffen einen offenen Diskussionsraum. Uns liegt viel daran, die Schüler*innen in Bezug auf den Zusammenhang zwischen Weltbevölkerung und Fluchtbewegungen zu sensibilisieren.

Mit sehr simplen Mitteln bietet „Refugee Chair“ die Möglichkeit, über globale Flucht- und Migrationsbewegungen ins Gespräch zu kommen. Die Schüler*innen selbst sind, zusammen mit jeweils einem Stuhl, die Spielfiguren und bilden die Weltbevölkerung und globale Fluchtbewegungen im Verhältnis zur Verteilung des Reichtums auf den Kontinenten ab. Die Bewegung im Raum und das gemeinsame Aushandeln in den verschiedenen Phasen des Spiels erzeugen ein lebendiges Gesprächsklima und regen mit oft unerwarteten Ergebnissen zum Nachdenken und zur Diskussion an.



Workshop in der Gesamtschule Bockmühle
im Dezember 2024

2024 haben wir in Kooperation mit der Seebrücke und dem Arbeitsbereich Migrations- und Ungleichheitsforschung der Fakultät für Bildungswissenschaften an der Universität Duisburg-Essen das Konzept zunächst mit drei 9er-Klassen getestet und an die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler angepasst. So konnten wir das Projekt 2025 verschiedenen Essener Schulen anbieten und weiterausbauen. Wir waren unter anderem am Carl-Humann-Gymnasium und dem Robert-Schmidt Berufskolleg zu Gast.

Mehr Informationen zu dem Angebot für alle Klassen ab Stufe 9 finden Sie hier:

<https://www.proasylessen.de/artikel/wir-bringen-die-themen-flucht-und-asyl-in-die-schule/>

Informationsnetzwerk für vulnerable Geflüchtete

Mit dem Projekt "Informationsnetzwerk für vulnerable Geflüchtete" haben wir 2023 einen niederschwelliger Begegnungs- und Lernraum geschaffen, der vulnerablen Gruppen und Einzelpersonen adäquate Begleitung und Beratung zur Seite stellt. Im Vordergrund stand dabei die engmaschige Begleitung von vulnerablen Personen, insbesondere unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF), traumatisierte Geflüchtete sowie LGBTQIA*-Personen. Ein weiterer Teil des Projektes umfasste Vernetzungs- sowie Sensibilisierungsmaßnahmen Richtung Öffentlichkeit. So wurden beispielsweise psychologische Ersthelfer*innen-Ausbildung angeboten und die Vernetzung mit LGBTQI*-Organisationen ausgebaut.

Im Jahr 2025 wurde das Projekt nur noch von der Evangelischen Kirche im Rheinland gefördert. Die UNO-Flüchtlingshilfe hat das Projekt nicht weiter finanziert. Deshalb mussten wir die Maßnahmen und Ziele deutlich reduzieren. Wir haben uns auf die Optimierung bestehender Unterstützungsstrukturen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete konzentriert, da hier der Bedarf in Essen besonders groß ist (siehe oben). Bestehende Kontakte zu den [Vormund*innen vom Sozialdienst Katholischer Frauen \(SKF\)](#) und zur Fachgruppe des Jugendamtes wurden ausgebaut. Mit dem SKF organisierten wir zwei Vernetzungstreffen. Zudem führten wir asyl- und aufenthaltsrechtliche Schulungen bei den Betreuungseinrichtungen Start-WG und SOS Kinderdorf durch. Für die auf UMF spezialisierte Beratung nutzen wir vermehrt unsere Terminsprechstunde am Mittwoch. Darüber hinaus wurden vulnerable Personen beraten, die bereits in früheren Phasen des Projekts oder in unserer offenen Sprechstunde als besonders schutzbedürftig identifiziert wurden. Hierzu zählen vor allem Traumatisierte und LGBTQI*-Personen.

Seebrücke

Im März 2019 gründete sich im Umfeld von ProAsyl Essen die Essener Lokalgruppe der Seebrücke (seebruecke.org/lokalgruppen/essen/). Die Gruppe wird von uns unterstützt und trifft sich alle zwei Wochen. Die Seebrücke ist eine bundesweite Bewegung, die sich für die Aufnahme von Geflüchteten und gegen die europäische Abschottungspolitik einsetzt. Auf kommunaler Ebene versuchen die Lokalgruppen ihre Städte zu sicheren Häfen zu machen. Eine Stadt, die sich zum sicheren Hafen erklärt, signalisiert der Landes- und der Bundesregierung, dass sie bereit ist, über die gegebenen Verpflichtungen hinaus, Geflüchtete aufzunehmen. In Deutschland gibt es bislang 320 sichere Häfen und es werden immer mehr.

Da das Vorhaben, Essen zu einem solchen sicheren Hafen zu machen angesichts der Kräfteverhältnisse im Stadtrat gescheitert ist, setzt die Lokalgruppe vermehrt auf außerparlamentarische politische Arbeit. Vor allem wegen der katastrophalen Situation an den EU-Außengrenzen bleiben die Aktivist*innen hartnäckig und fordern weiterhin die zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten in Essen.



Seebrücke-Protest gegen die Bezahlkarte am 04.06.2025

2025 stand vor allem der Protest gegen die Bezahlkarte im Fokus der politischen Arbeit der Gruppe (siehe oben). Hierzu veranstaltete die Seebrücke gemeinsam mit ProAsyl den Politischen Salon (siehe oben). Außerdem organisierte die Gruppe eine Kundgebung und eine Fotoaktion und forderte die Essener Ratsmitglieder dazu auf, gegen die Bezahlkarte und für die sogenannte Opt-Out-Regelung zu stimmen. So konnte zumindest der Integrationsrat überzeugt werden (siehe oben). Auch durch kulturelle Angebote wie die Ausstrahlung des Films „Kein Land für Niemand“ im Filmstudio Glückauf protestiert die Gruppe gegen die

deutsche und europäische Abschottungspolitik. So wirkt die Essener Seebrücke mit ihren vielfältigen Aktionen in die Stadtgesellschaft hinein und lässt uns nicht vergessen, dass jährlich Tausende Menschen an den EU-Außengrenzen ihrer Menschenrechte beraubt und schlimmstenfalls dem Tod überlassen werden. Auch bei den neu etablierten Schulworkshops erhielten wir tatkräftige Unterstützung von der Gruppe.

Spendenaufruf

Im 35. Jahr des Bestehens von ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen arbeiten wir stetig daran unsere Beratungsarbeit sichern und zukunftsfähig machen zu können. Doch auch im Jahr 2026 bleiben die Finanzierung des Vereins und die draus resultierenden Beschäftigungsverhältnisse der Angestellten prekär.

Der zunehmende Rechtsruck macht politische Lobbyarbeit und professionelle Rechtsberatung notwendiger denn je. Weiterreichende asyl- und aufenthaltsrechtliche Verschärfungen und eine allgemeine flüchtlingsfeindliche Stimmung sind eine Bedrohung für Geflüchtete und die Demokratie in diesem Land. Es braucht erfahrene und gut qualifizierte lokale Strukturen, um unter derart widrigen Bedingungen die Rechte von Geflüchteten zu verteidigen. Als kleiner unabhängiger Verein sind wir ganz besonders auf Spenden und Mitgliederbeiträge angewiesen. Jede Mitgliedschaft und jede Spende helfen uns, unsere Arbeit und unseren Einsatz für Geflüchtete aufrechtzuerhalten. Eine Mitgliedschaft ist bereits mit einem jährlichen Beitrag ab 40 Euro möglich!

Sie können uns entweder durch eine Spende unterstützen oder Sie werden Mitglied im Förderverein. Mit einem jährlichen Beitrag von 40 € sind Sie auf der Jahreshauptversammlung stimmberechtigt. Einen Antrag auf Fördermitgliedschaft finden Sie auf unserer Internetseite: <https://www.proasylessen.de/spenden>

Spenden und Mitgliedsbeiträge an ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. sind gemäß § 10 b Abs. 1 EStG steuerlich abzugsfähig. Eine Spendenbescheinigung für die Steuererklärung erhalten Sie immer im ersten Quartal des Jahres von uns.

Wir danken Ihnen herzlich für Ihre Unterstützung und freuen uns über neue Mitglieder im Verein!

Spendenkonto:
ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.
Sparkasse Essen
IBAN: DE14 360 5010 5000 1600 626
BIC: SPESDE33XXX

Oder online über: <https://www.spendenportal.de/projekte/projekt/12128>

Kooperationspartner*innen, Gremienarbeit, Förderer*innen

Kooperationspartner*innen:

- Beratungsstelle „Nachtfalter“ für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution
- Aidshilfe Essen
- Frauenberatungsstellen/Schwangerschaftskonfliktberatung
- Medinetz Essen e.V./medizinische Flüchtlingshilfe
- Sozialberatungsstellen
- Jugendhilfe Essen gGmbH
- Migrationserstberatungsstellen
- Träger der regionalen Beratungsstellen (AWO, Plan B, CSE)
- Diakoniewerk Essen und Caritas Essen
- Integrationsberatung für Menschen mit libanesischem Zuwanderungshintergrund
- Jugendamt Essen, Fachgruppe UMF
- Vormunde für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
- Migrantenvereine
- Raphaelswerk Essen (Ausreise- und Perspektivberatung)

Gremienarbeit in Essen - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen ist...

- beratendes Mitglied im Integrationsrat der Stadt Essen
- Mitglied im Flüchtlingsbeirat der evangelischen Kirche in Essen
- Mitglied im Ökumene-Ausschuss der ev. Kirchengemeinde Kettwig
- Mitglied im AK Emi Essener Migrationsarbeit interaktiv
- Mitglied im AK Flucht und Migration
- Mitglied im AK regionale Beratung in Essen

Überregionale Vernetzung - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen ist...

- Mitglied beim Flüchtlingsrat NRW
- Mitglied der vom Land NRW geförderten Flüchtlingsberatungsstellen
- Mitglied der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl (Frankfurt)
- Mitglied des AK Westliches Ruhrgebiet, Verbund von Flüchtlingsberatungsstellen
- Mitglied Vorbereitungsgruppe der BAMF-Tagung
- Mitglied Vorbereitungsgruppe der Behördentagung

Förderer*innen - ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V. wird gefördert von...

- vielen Mitgliedern und Spender*innen
- dem Land NRW
- der UNO-Flüchtlingshilfe
- der Stadt Essen
- der evangelischen Kirche in Essen
- der evangelischen Kirche im Rheinland

Impressum

Herausgeber:

ProAsyl/Flüchtlingsrat e.V.
Friedrich-Ebert-Straße 30
45127 Essen

Tel.: 0201-20539

Fax: 0201-2200387

www.proasylessen.de

Vertreten durch: M. Wild, S. Najib, C. Gabl, J. Neuhaus